

Identitätspolitik ohne "passende" Identität? Zum Paradox eines weißen deutschen Antirassismus

Weiß, Anja

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Weiß, A. (1999). Identitätspolitik ohne "passende" Identität? Zum Paradox eines weißen deutschen Antirassismus. *Psychologie und Gesellschaftskritik*, 23(3), 28-45. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-290732>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Identitätspolitik ohne „passende“ Identität?

Zum Paradox eines weißen deutschen Antirassismus

Folgen wir der Theoriebildung zur Moderne und Postmoderne, so können wir Identitäten nicht länger als stabile, mit sich selbst kongruente und von anderen unterscheidbare Ganzheiten ansehen, sondern eher als widersprüchliches, wandelbares und selbst-reflexiv konstruiertes Patchwork (vgl. Keupp, 1994). Nach Giddens ist der Zweifel ein durchgängiges Merkmal moderner kritischer Vernunft. Selbst-Identität werde in der posttraditionalen Ordnung der Moderne zu einem reflexiv organisierten Unterfangen (vgl. Giddens, 1991, S. 3ff).

In der empirischen Forschung zu kollektiven Identitäten zeigt sich in mancher Hinsicht das genaue Gegenteil. Zuschreibungen wie Ethnizität, Nation und „Rasse“ unterscheiden trennscharf zwischen den durch sie erst konstruierten Gruppen. Grenzziehungen verhärten sich und zahlreiche Menschen beschreiben und organisieren sich entlang eindimensionaler Identitäten. Vor allem dann, wenn es zu Konflikten kommt, eskaliert diese „Politik um Anerkennung“ (vgl. Taylor, 1994) leicht zur Gewalt.

Das psychologische Konstrukt „Identität“ muß von der Politik mit und über kollektive Identitäten unterschieden werden. Während die Individuen ihre Identität immer weniger fassen können, sie anzweifeln und reflektieren, bleiben kollektive Identifikationsangebote zumindest in bestimmten Situationen attraktiv. Bei ihnen handelt es sich nicht nur um „Ersatzlösungen“ (Keupp, 1994, S. 336) oder um „regressive Antworten auf verunsichernde Erfahrungen in den enttraditionalisierten Lebenswelten“ (ebd., S. 337), sondern sie motivieren politisches Handeln und sie sind der Stoff, auf dessen Grundlage sich neue „moderne“ politische Akteure formieren.

Gerade dann, wenn Menschen symbolisch delegitimiert und sozial ausgegrenzt werden und wenn sie weder im öffentlichen Diskurs noch in den politischen Institutionen angemessen repräsentiert sind, ist Identitätspolitik eine funktionale und angemessene Form, gegen diesen Ausschluß aufzubegehren. Gitlin charakterisiert Identitätspolitik folgendermaßen:

„first, the discovery of common experience and interests; next, an uprising against a society that had imposed inferior status; finally, the inversion of that status, so that distinct qualities once pointed to as proof of inferiority were transvalued into the basis for positive distinction.“¹ (Gitlin, 1995, S. 141)

Und deutlich kritischer einige Seiten später:

„the recognition of a collective hurt, followed by the mistaking of a group position for a 'culture,' followed by the mistaking of a 'culture' for a politics.“² (ebd., S. 147f.)

Identitätspolitik ist also einerseits eine Chance für unterdrückte Gruppen, die eigene Unterdrückung zu erkennen, sich als politischer Akteur zu formieren und so Identitätszuschreibungen, die den eigenen Status herabwürdigen, umzuwerten und sich positiv selbst zu definieren. Andererseits wird Identitätspolitik dafür kritisiert, daß sie genau jene Identitätskonstruktionen vergegenständliche und festschreibe, die sie eigentlich abschaffen will, daß damit die Bündnisbildung erschwert werde und daß symbolische Kämpfe mit politischen Veränderungen verwechselt würden.³

Außerdem lassen sich nicht alle Formen der Politik mit Identitäten als Aufbegehren der Unterdrückten charakterisieren. Auch nationalistische Gruppen machen mit der Identität Politik, wenn sie Menschen mit bestimmten askriptiven Merkmalen aus der nationalen Gemeinschaft ausschließen. Ihr subjektives Empfinden (ungerecht benachteiligt zu werden) und der von ihnen propagierte polarisierende politische Diskurs ist dabei kaum von der oben dargestellten Identitätspolitik im engeren Sinne zu unterscheiden, wohl aber die privilegierte Position dieser politischen Bewegungen und ihre explizit ausgrenzende Zielsetzung.

Aller Kritik zum Trotz ist Identitätspolitik nicht im Aussterben begriffen, sondern sie gewinnt an Attraktivität. Damit kommen selbst jene, die diese Form von Politik angreifen, nicht umhin, sich zu ihr zu verhalten. Vor allem dann, wenn Dominanzverhältnisse wie Rassismus, Sexismus, Heterosexismus, usw. zuerst von identitätspolitischen Bewegungen kritisiert wurden, tragen selbst überzeugte links-revolutionäre UniversalistInnen⁴ dieser Kritik in ihrer politischen Praxis Rechnung, auch wenn sie diese „Spaltung der Arbeiterklasse“ eigentlich bedauern. Eine Frau sollte doch auf dem Podium sitzen, oder? Mann will sich ja nicht gänzlich blamieren.

Das Thema ist also kompliziert: Die eigene Identität erleben wir als zunehmend brüchig, selbstbestimmt und reflexiv. Zugleich begegnen wir immer wieder Identitätszuschreibungen, die klar, attraktiv und eindeutig sind. Mit diesen läßt sich auch im eigenen Interesse gut Politik machen, aber – und das ist ein weiteres Problem von Identitätspolitik – „leider“ haben nicht alle die „passende“ Identität für die Politik, die sie machen wollen.

In diesem Artikel analysiere ich die Widersprüche, in die weiße Deutsche⁵ geraten, wenn sie antirassistische Politik machen: Da die Kämpfe gegen Rassismus identitätspolitisch formuliert wurden – was bei Auseinandersetzungen über Identitätszuschreibungen durchaus sinnvoll sein kann – muß sich auch eine weiße antirassistische Gruppe mit Identitätspolitik auseinandersetzen, obwohl sie nicht über eine geeignete Identität verfügt. Die Widersprüche, in die sie dabei gerät, können mit dazu beitragen, daß auch antirassistisch Engagierte bestimmte rassistische Diskurse, die sie bekämpfen, ungewollt und in paradoxer Weise reproduzieren.

1. Empirisches Material und Methode

Zwischen Juni 1996 und Februar 1998 veranstaltete ich im Rahmen eines Aktionsforschungsprojektes mit fünf antirassistisch engagierten Gruppen und zwei nicht engagierten Kontrollgruppen Workshoptage. Mich interessierte dabei die Reproduktion rassistischer Effekte unabhängig von rassistischen Absichten. Hinter dieser Frage steht nicht die

Annahme, daß alle weißen Deutschen unbewußt böse sind oder heimlich von Rassismus profitieren wollen, sondern ein Konzept von Rassismus, bei dem Rassismus nicht als „falsche Einstellung“ von Individuen psychologisiert wird.

Nehmen wir an, daß es sich um ein gesellschaftliches Dominanzverhältnis oder um einen Intergruppenkonflikt handelt, so kann z.B. gefragt werden, wie rassistische und ethnizistische⁶ Klassifikationen diskursiv und handlungspraktisch reproduziert werden. Damit diese Klassifikationen für die Gesellschaft bedeutsam werden, müssen sie von der Mehrheit, vom öffentlichen Diskurs und von den legitimen Institutionen mindestens gestützt werden. Sie gewinnen eine alltagspraktische Selbstverständlichkeit (vgl. Essed, 1991), die über die explizite Meinungsäußerung einer rechtsextremen Minderheit hinausreicht.

Wenn man also das Phänomen Rassismus und seine Fortdauer verstehen will, kann man sich nicht nur auf diejenigen konzentrieren, die sich offen für Rassismus aussprechen. Vielmehr muß auch gefragt werden, wie Menschen gegenüber rassistischen Strukturen gleichgültig bleiben. Und es sollte untersucht werden, an welchen Punkten es auch beim besten Willen schwierig ist, sich aus einem Diskurs und einer sozialen Struktur herauszuhalten, die zur Reproduktion von Rassismus ermuntern.

Bei Gruppen, die von sich aus gegen Rassismus aktiv geworden sind, ist die Unterstellung absurd, daß sie sich nur deshalb gegen Rassismus aussprechen, weil sie einen guten Eindruck hinterlassen wollen.⁷ Wenn wir in diesen Gruppen Diskurse und Praktiken beobachten können, die für die Reproduktion von Rassismus relevant sind, muß es sich um rassistische Effekte handeln, die so weitgehend Bestandteil „normaler“ Alltagspraktiken sind, daß es nicht ohne weiteres möglich ist, sich ihnen zu entziehen.

Die im folgenden dargestellten empirischen Ergebnisse wurden in Anlehnung an die Gruppenexperimente der Frankfurter Schule (vgl. Pollok, 1955) mittels Beobachtung und experimenteller Intervention erhoben. Da es mir um die nicht-intentionale Reproduktion von rassistischen Effekten geht, war es nicht nötig, die Gruppen über den For-

schungszweck im Unklaren zu lassen. Die meisten hatten selbst das Gefühl, „eigenen Rassismus“ nicht immer vermeiden zu können und waren daran interessiert, mehr darüber zu erfahren. Durch die Kooperation mit den Beforschten wird anerkannt, daß die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Rassismus streng genommen selbst Bestandteil des zu untersuchenden Gegenstandes ist und sich nur durch ihre Reflexivität und distanzierende Methode von der untersuchten Interaktion unterscheidet.

Wenn eine Gruppe an meinem schriftlichen Angebot für einen kostenlosen „Reflexionstag“ Interesse zeigte, traf ich mich mit einigen Mitgliedern zu einem Vorgespräch, bei dem wir gemeinsam ein Thema erarbeiteten, das für die Gruppe attraktiv und für meine Fragestellung relevant war. Die Veranstaltung selbst bestand aus einer Gruppendiskussion, bei der ich nicht intervenierte, und einem auf der Grundlage dieser Diskussion improvisierten Rollenspiel (pädagogisches Psychodrama), das von mir angeleitet wurde. Dieses Rollenspiel wurde mit der Gruppe ausgewertet. Der ganze Tag wurde auf Band aufgezeichnet und von PraktikantInnen beobachtet.

Alle Gruppen in meinem Sample gehören der gebildeten Mittelschicht an, d.h. von wenigen Ausnahmen abgesehen verfügen die Mitglieder über akademische Bildungsabschlüsse. Sie arbeiten mehrheitlich in sozialen und pädagogischen Berufen,⁸ wodurch sich vielleicht erklären läßt, daß die weiblichen Gruppenmitglieder überwiegen. Die regionale Herkunft der Mitglieder ist in zwei Gruppen überwiegend ostdeutsch, in vier Gruppen überwiegend westdeutsch, und in einer zu gleichen Teilen ost- und westdeutsch. In den antirassistischen Gruppen sind jeweils 1-3 Mitglieder MigrantInnen oder Schwarze Deutsche.

An den Veranstaltungen nahmen zwischen 6 und 14 Gruppenmitglieder teil. Deren Altersspanne reichte von 22 bis 58 Jahren. In zwei antirassistischen Gruppen ist die Mehrzahl hauptberuflich mit dem Thema beschäftigt, weitere zwei sind ehrenamtlich engagiert und eine ist in dieser Hinsicht heterogen. Alle antirassistischen Gruppen bemühen sich im weiteren Sinne um Einfluß auf die öffentliche Meinung: eine als Partei, zwei als Nichtregierungsorganisationen, eine als profes-

sioneller Zusammenschluß und eine als kommunale soziale Einrichtung. Drei antirassistische Gruppen gehören dem bürgerlich-humanistischen Flügel der antirassistischen Bewegungen an, eine dem feministischen und eine dem links-autonomen (Einteilung nach Hess & Linder, 1997). Im folgenden werde ich mich auf die links-autonome ehrenamtliche Gruppe konzentrieren, weil diese sich deutlicher als die anderen Gruppen mit der Frage nach geeigneten Strukturen und Strategien antirassistischer Politik auseinandersetzte. Diese Gruppe hatte sich das Thema „Warum arbeiten bei uns kaum MigrantInnen mit?“ gestellt. Im folgenden beziehe ich mich im wesentlichen auf die beobachtete Gruppendiskussion.

2. Die Unvermeidbarkeit von Identitätspolitik

Wenn wir in Deutschland überhaupt von einer antirassistischen Bewegung sprechen können, so wird diese Bewegung mehrheitlich von weißen Deutschen getragen.⁹ Weil diese nicht über eine Identität verfügen, in deren Namen sie aufbegehren könnten, ist nicht zu erwarten, daß sie sich als identitätspolitische Bewegung organisieren. Zwar können und werden sie unter Verweis auf „Antirassismus“, „Menschenrechte“ oder auch „Links-Sein“ eine kollektive Identität finden. Hierbei handelt es sich jedoch nicht um eine zwangsweise zugeschriebene, sondern um eine gewählte Identität. Hingegen ist die Identität, der sie nicht entkommen können, eine privilegierte Identität, in deren Namen sich nur rechte politische Bewegungen organisieren könnten. Es ist also nicht naheliegend, daß weiße Deutsche zum Thema Antirassismus Identitätspolitik betreiben.

Andererseits waren identitätspolitische Bewegungen wie die Frauenbewegung in ihrer Kritik so erfolgreich, daß auch universalistisch orientierte Bewegungen Forderungen anerkennen, die sich auf Identitäten beziehen. U.a. ist es mittlerweile relativ akzeptiert, daß das politische Interesse und der Blick auf die soziale Welt standpunktabhängig sind. Wenn eine Frau etwas als sexistisch kritisiert, werden „aufgeklärte“ Männer hinnehmen, daß sie als Frau besser über Sexismus urteilen kann als Männer. An diesem Punkt bröckelt die Abwehr gegen

Identitätspolitik zumindest im offiziellen Diskurs. Frankenberg, eine Weiße, die weiße kalifornische Frauen im Hinblick auf Konstruktionen von Weißheit untersucht, beschreibt die drei Axiome des linken Feminismus, die ihre Forschung erschwerten:

„first, that in 'societies structured in dominance' we, as feminists, must always remember that we act from within the social relations and subject positions we seek to change; second, that experience constructs identity; and, third, that there is a direct relationship between 'experience' and 'worldview' or 'standpoint' such that any system of domination can be seen most clearly from the subject positions of those oppressed by it.“¹⁰
(Frankenberg, 1993, S. 5)

Wenn wir davon ausgehen, daß die Unterdrückten Dominanzstrukturen deutlicher erkennen als die Privilegierten, stehen weiße deutsche AntirassistInnen vor dem Problem, ob sie das Dominanzverhältnis, gegen das sie sich engagieren, überhaupt klar erkennen können. Sie haben also keinen Zugang zu der Form von Politik, die beim Thema „Rassismus“ angemessen und üblich ist und sie müssen befürchten, daß sie die Phänomene, gegen die sie kämpfen, nur verzerrt wahrnehmen können.

Identitätspolitik ist damit für weiße deutsche AntirassistInnen mangels geeigneter Identität nicht naheliegend. Wenn sie identitätspolitische Forderungen akzeptieren schafft das zumindest theoretisch zusätzliche Probleme. Da Identitätspolitik ohnehin fortwährend und auch in den identitätspolitischen Bewegungen kritisiert wird, sollten wir eigentlich feststellen können, daß sich weiße deutsche AntirassistInnen gegenüber Identitätspolitik eher ablehnend verhalten.

Oberflächlich betrachtet ist das auch der Fall. Einige der von mir untersuchten Gruppen beziehen sich eindeutig auf universalistische Argumentationen und niemand propagiert explizit Identitätspolitik. Bei genauerer Betrachtung stellt sich jedoch heraus, daß die identitätspolitische Kritik nicht spurlos an den Gruppen vorbeigegangen ist, bzw. daß es nicht so einfach ist, ohne identitätspolitische Diskurse antirassistische Politik zu betreiben. In einer von mir untersuchten links-autonomen antirassistischen Gruppe ist z.B. schon die Fragestellung des Reflexionstags implizit auf Identitätszuschreibungen bezogen. Die Gruppe setzt sich damit auseinander, ob es ein Problem ist, daß nur ein Migrant

in der Gruppe mitarbeitet und wie gegebenenfalls mehr MigrantInnen gewonnen werden können. Damit akzeptieren sie implizit, daß die zugeschriebene Identität einen Unterschied für die politische Praxis macht – eine identitätspolitische Vorannahme.

Als erstes fragt sich die Gruppe, aus welchem Grund nur wenige MigrantInnen bei ihnen mitarbeiten. Davon hängt ab, ob überhaupt Handlungsbedarf besteht. Haben „die“ MigrantInnen einfach kein Interesse an dieser Art von Arbeit, oder ist die Gruppe unattraktiv, rassistisch oder macht sonst irgendeinen Fehler, der systematisch dazu führt, daß MigrantInnen unterrepräsentiert sind? In der Diskussion erklärt sich Bernd das Problem mit einer Art ethnisierten politischer Verantwortung für Rassismus:

„Daß aber Migranten in der BRD vielleicht auch die Position haben könnten [sich mit, A.W.] Rassismus von weißen Deutschen auseinanderzusetzen ist erstmal Problem von denen und dagegen etwas zu tun ist die Aufgabe von weißen Deutschen.“

Bernds Perspektive unterscheidet sich von traditioneller Identitätspolitik, weil er das Problem nicht den Dominierten zuschreibt, sondern denjenigen, die von Rassismus privilegiert werden. Trotzdem weist er politische Zuständigkeiten nach ethnizistischen Kriterien zu, d.h. er schreibt die Verantwortung für gesellschaftlichen Wandel einer ethnizistisch definierten Gruppe zu. Außerdem kann er so beiläufig unterstellen, daß es nicht an den weißen Deutschen liegt, wenn bei ihnen kaum MigrantInnen mitmachen, sondern daran, daß die MigrantInnen sich für Antirassismus nicht zuständig fühlen. Andere in dieser antirassistischen Gruppe widersprechen dem:

„ich fand [es] so unbefriedigend zu sagen Rassismus ist ein Problem der Weißen und deswegen ist es OK wenn wir hier ne weiße Gruppe sind und wir beschäftigen uns mit Rassismus das fand ich erst mal irre plausibel aber beim 2. Nachdenken fand ich das immer unbefriedigend was soll denn das das kann man nicht so getrennt sehen weil natürlich ist das für die auch ein Problem ist nicht nur unser Problem.“

Hanna wehrt sich also gegen die Zuordnung Weiß = zuständig für Rassismus. Jens führt dieses Argument fort, indem er die politische Organisationsform einer internationalistischen bosnischen Arbeiterorganisation

mit der von AntirassistInnen vergleicht. Zunächst ist er darüber irritiert, als auf einem Treffen gegen den Krieg in Bosnien die Unterschriftenliste der überwiegend bosnischen Arbeiterorganisation v.a. von den bosnischen Teilnehmenden und die der überwiegend deutschen antirassistischen Gruppe v.a. von den Deutschen unterschrieben wurde. Dann zieht er daraus aber den folgenden Schluß:

„was typisch is was der interessante Aspekt ist daß die Leute diese [bosnische Arbeiterorganisation] die definieren sich als Internationalisten nicht als Antirassisten und das is auch n typisches Teil deutscher Politik dieses Auseinanderfallen der Teilbereiche wo auch unter den Deutschen die einen gar nich mehr wissen was die andern machen und wo also ein Punkt den ich langsam anfang in Frage zu stellen ist diese Trennung zwischen Antirassismus hier bezogen einerseits Internationalismus nach außen bezogen andererseits ich mein klar ist daß z.B. die Leute als Internationalisten die können alle Serbokroatisch.“

Hier erscheint eine MigrantInnenorganisation als sozialistisches Ideal. Im Vergleich zu ihr schneidet die deutsche antirassistische Politik schlecht ab. Laut Jens fallen verschiedene Teilbereiche auseinander, die einen wissen nicht mehr was die anderen machen und – als Höhepunkt der Darstellung und Gegenbild zu den deutschen AntirassistInnen – die InternationalistInnen geben sich Mühe, Fremdsprachen zu erlernen. Jens beschreibt universalistische Politik als Wunschvorstellung, findet aber daß die eigene antirassistische politische Praxis weit von ihr entfernt ist und nimmt selbst implizit auf identitätspolitische Rahmungen Bezug. Er spricht von einem „typischen Teil deutscher Politik“ und stellt dem „alle“ Internationalisten gegenüber, die überwiegend bosnisch, also nicht-deutsch sind. Dieser klaren Kategorisierung wird denn auch sofort widersprochen: Daniel verweist darauf, daß er sich als Internationalist begreift und trotzdem kein Serbokroatisch spricht.

Wir können also festhalten, daß sich die hier vorgestellte antirassistische Gruppe sowohl auf universalistische Ideale als auch auf identitätspolitische Argumentationen bezieht. Das führt zu Widersprüchen, die auch für die Reproduktion von Rassismus relevant werden können.

3. Die Widersprüche von Identitätspolitik und ihre Bedeutung für die Reproduktion von Rassismus

Wie eingangs erwähnt, ist der Verweis auf die gemeinsame Identität für unterdrückte Gruppen oft ein erster Anlaß, sich zusammenzuschließen und gegen die Unterdrückung aufzubegehren. Wenn sich in dieser Weise eine Bewegung formiert hat, kann jeder Mensch mit der passenden Identität für diese Bewegung sprechen und z.B. als Frau, als MigrantIn, als Schwuler die Abwertung seiner oder ihrer Gruppe anprangern. Identitätspolitik bietet also eine einfache Antwort auf die Frage, wer das Recht hat, für eine Gruppe zu sprechen, nämlich jedeR mit der geeigneten Identität.¹¹ Diese Form der Legitimation ist gerade für kulturell unterdrückte Gruppen wichtig, weil sie bei anderen Prozessen der politischen Willensbildung unterrepräsentiert sind und sie nur durch diese Art von Politik eine „Stimme“ gewinnen können.

Wenn weiße deutsche Gruppen zu einem identitätspolitischen Thema arbeiten, entsteht hier eine Lücke in ihrer politischen Legitimation. Einzelne Weiße oder eine weiße Gruppe können nicht im Namen der rassistisch Unterdrückten gegen Rassismus sprechen. Wenn sie es dennoch tun, geraten sie in Widersprüche.

Im Material finden sich mehrere Anhaltspunkte dafür, daß Legitimationslücken identitätspolitisch gefüllt werden. So betonen die Mitglieder einer feministischen Gruppe, die sich gegen Antisemitismus und Rassismus engagiert, daß sie Sexismus und Rassismus als zwei Seiten derselben Medaille sehen. Rein logisch gesehen können sie so erklären, warum sie sich als nicht-jüdische Feministinnen gegen Antisemitismus engagieren. Im Rollenspiel stellt die Gruppe eine Podiumsdiskussion zwischen einer Vertreterin der Gruppenposition und einer fiktiven politischen Gegnerin dar. Dabei zeigte sich, daß die Ähnlichkeit zwischen Rassismus und Sexismus als Erklärung dafür, warum eine feministische Gruppe sich speziell zu Antisemitismus organisiert, nicht ausreicht. Die gleiche Szene wurde mehrfach gespielt und als die Lücke in der eigenen Argumentation immer offensichtlicher wurde, veränderte eine Spielerin schließlich ihre Rolle und wurde zur Jüdin. Als Jüdin hatte sie keine Probleme zu erklären, warum sie sich gegen Antisemitismus engagiert,

während sie als die nicht-jüdische Feministin, die sie in Wirklichkeit ist, zwar Gründe anführen könnte, diese sich aber in einer harten politischen Auseinandersetzung als nicht tragfähig erwiesen.

Identitätspolitische Argumentationen sind nicht nur in der politischen Auseinandersetzung einleuchtend und daher leichter zu argumentieren. Sie bieten auch eine nachvollziehbarere Legitimation und Motivation für das Engagement gegen Rassismus. So würde Alex aus der oben beschriebenen links-autonomen Gruppe sein Engagement zwar offiziell damit begründen, daß er sich eben für ein bestimmtes politisches Thema - „Rassismus“ -entschieden hat und dabei auch etwas für die Mehrheitsgesellschaft tut, in der er lebt. Zugleich ist er aber mutig genug, zuzugeben, daß das seiner wirklichen Motivation nur teilweise entspricht. Unterschwellig hat er nämlich das Gefühl etwas für diejenigen zu tun, die unmittelbar von Rassismus ausgegrenzt werden:

Alex: sind wir beleidigt daß es keine Migranten gibt in der X-Gruppe?

[lachen]

Alex: Also sozusagen weil so ganz mm ist das n Politikbereich für den hab ich also so wie du das eben gesagt hast ne gut dann ist das halt der Politikbereich für den ich mich entschieden habe [...]aber so ganz würd ich mir das nicht abkaufen wenn ich das sage [Elke: [lacht]] weil ähm ich glaub [...] daß wir natürlich auch was machen so für die [...] Mehrheitsgesellschaft in der wir politisch agieren aber ich denke daß wir ja auch zumindest im Unterbewußtsein immer so das Gefühl haben wir machen aber auch was für die Leute die da stärker von betroffen sind als wir und eigentlich ist es ja schon n bißchen gemein wenn die dann nicht zu uns kommen oder wenn die gar nicht so viel von uns wissen wollen oder wenn die lieber erst mal sich in ihren eigenen Zusammenhängen organisieren also ich würde mich bei so was durchaus ertappen

Elke: das gemein zu finden

Alex: ja

Alex weiß, daß er sich angreifbar macht, wenn er sein Engagement nicht aus sich selbst heraus begründet, sondern es davon abhängig macht, ob die „Betroffenen“ es anerkennen. Dennoch stellt er fest, daß er zumindest „im Unterbewußtsein“ das Gefühl hat, daß er denjenigen hilft, die stärker von Rassismus betroffen sind.

Beide Zitate geben nicht nur Aufschluß darüber, daß Identitätspolitik beim Thema „Rassismus“ naheliegender und einleuchtender ist als andere politische Paradigmen. Sie verweisen auch auf Punkte, an denen die Identitätspolitik von weißen Deutschen für die Reproduktion von Rassismus relevant werden kann. Unter Umständen verleitet sie nämlich zu einem patronisierenden oder funktionalisierenden Verhältnis gegenüber den „Betroffenen“ – die Gefahr, die Alex so vorsichtig werden läßt. Oder Identitätspolitik ermuntert dominante Gruppen dazu, sich in erster Linie als Opfer zu sehen und die Punkte, an denen sie privilegiert sind, zu ignorieren.

Bonnett (vgl. 1994, S. 44f.) kritisiert eine spezifische Art der Repräsentation, bei der weiße AntirassistInnen für eine bestimmte Minderheit sprechen. Häufig würden rassistische Kategorien reproduziert, um die Gruppe, für die man spricht, zu bezeichnen und vor allem werde das Verhältnis zwischen der SprecherIn und der repräsentierten Gruppe verschleiert. Es gehe unter, daß die SprecherIn die Gruppe nicht unmittelbar repräsentiert, sondern deren Anliegen interpretiert.¹² Dadurch daß Alex offen über seine eigentliche Motivation spricht, wird dieses verschleierte, obskure Verhältnis zwischen politischen AktivistInnen und der Gruppe für die sie zu sprechen vorgeben, etwas sichtbarer. Er geht davon aus, daß er etwas tut, das im Sinne der MigrantInnen ist, und ist enttäuscht, daß diese das nicht anerkennen oder so gut finden, daß sie mit ihm zusammen daran arbeiten wollen. Solange Alex annimmt, daß er etwas im Sinne der Betroffenen tut, verstellt das den Blick für eventuelle Interessengegensätze zwischen Deutschen und MigrantInnen und es erschwert die offene Konfliktaustragung. In der weiteren Diskussion und im Rollenspiel der Gruppe zeigt sich, daß ihr Verhältnis zu MigrantInnenorganisationen nicht immer einfach ist und daß die Neigung besteht, MigrantInnen, die in ihren soziodemographischen Merkmalen deutlich anders sind als die Gruppe, eher als hilflosbedürftig denn als potentiell politisch aktiv wahrzunehmen. Obwohl die Gruppe eine bewußte Anstrengung macht, mit MigrantInnen zu kooperieren, und obwohl sie nie behaupten würde, MigrantInneninteressen zu repräsentieren, gerät sie also durch ihre widersprüchliche Position im Kontext des

identitätspolitischen Paradigmas doch in die Gefahr, ein diffus hierarchisches Verhältnis zu MigrantInnen zu reproduzieren.

Eine andere identitätspolitisch motivierte Haltung, die für die Reproduktion von Rassismus relevant ist, ist die Tendenz, „zu den Opfern zu werden“. Das wäre z.B. dann der Fall, wenn die hier beschriebene Gruppe deshalb MigrantInnen gewinnen wollte, damit sie nicht länger eine weiße deutsche Gruppe ist, sondern eine heterogene, die dann mit allem Recht „im Namen“ von MigrantInnen aktiv werden könnte. Vor allem dann, wenn einzelne MigrantInnen dafür gebraucht werden, damit sie „die“ MigrantInnen vertreten, oder damit die weißen Deutschen, mit denen sie zu tun haben, sich besser legitimieren können, ist diese Haltung für die Reproduktion von Rassismus relevant. Allerdings kann sie dennoch antirassistische Effekte haben, wenn sich nämlich Milieus, die „normalerweise“ ethnisch segregiert wären, bemühen, einen „Extraschritt“ zu tun – wie es der einzige Migrant in der hier beschriebenen Gruppe formulierte – um trotz rassistischer Strukturen MigrantInnen und Schwarze zu beteiligen.

Die Tendenz „zu den Opfern zu werden“ läßt sich aber auch noch wörtlicher verstehen. Zum Beispiel neigen einige Frauen in den Gruppen dazu, bei der Auseinandersetzung mit rassistischer Diskriminierung fast nur über ihre Diskriminierungserfahrungen als Frau zu sprechen und diese Erfahrungen mit der von rassistisch Dominierten gleichzusetzen. Wenn die feministische Gruppe argumentiert, daß es sich bei Rassismus und Sexismus um zwei Seiten derselben Medaille handele, hat das natürlich den Vorteil, daß die Gruppe über die internen Unterschiede zwischen Schwarzen und Weißen hinweg ein identitätspolitisches Bündnis gegen alle Arten von Unterdrückung schließen konnte. Wenn bei dieser Bündnisbildung nicht über die Punkte reflektiert wird, an denen Interessenunterschiede bestehen, kann sie aber durchaus zur Reproduktion von Rassismus beitragen. Z.B. kann es sein, daß eine Frau glaubt, daß sie durch die Auseinandersetzung mit Sexismus auch davor gefeit ist, Rassismen zu reproduzieren. Das wird es ihr schwerer machen, die Punkte, an denen sie Dominanzverhältnisse stützt, zu reflektieren. In der feministischen Gruppe kam es zum offenen Konflikt, weil sich eine weiße

Deutsche, die sich v.a. mit Antisemitismus beschäftigt hatte, in bezug auf Rassismen sicher wähnte und einem Schwarzen Gruppenmitglied unterstellte, sie sei „Ausländerin“, sie also aufgrund ihrer Hautfarbe selbstverständlich nicht zu den „Deutschen“ rechnete.

Fazit

Obwohl Identitätspolitik für weiße Deutsche, die sich gegen Rassismus engagieren, theoretische Probleme aufwirft und sie sich (mit Ausnahme der feministischen Gruppe) explizit auf ein universalistisches politisches Paradigma beziehen, konnte doch gezeigt werden, daß sie sich identitätspolitischen Argumentationen nicht gänzlich entziehen können. Gerade beim Thema „Rassismus“ sind diese einleuchtend, motivierend und für die politische Legitimation der Gruppen funktional.

Daß weiße Deutsche nicht über die geeignete Identität verfügen, um sich identitätspolitisch zu Rassismus zu organisieren, bleibt allerdings ein Problem, das paradoxe Folgen hat. Empirisch beobachtbare Lösungsversuche, die diesen Widerspruch ignorieren, tragen entgegen der Intention der antirassistisch Engagierten zur Reproduktion von rassistis-relevanten Phänomenen bei.

Leider sind auch in der Theorie keine tragfähigen Lösungen in Sicht. Zwar wäre es denkbar, sich explizit als dominante Gruppe zu organisieren, die Verantwortung für die Abschaffung des sie privilegierenden Dominanzverhältnisses übernimmt. Und in der Tat mehren sich in letzter Zeit die Versuche von Weißen, sich als Weiße antirassistisch zu organisieren (vgl. Thompson et al., 1997). Damit diese Strategie Erfolg hat, wäre es aber notwendig, sich über die eigene Motivation klarer zu werden (vgl. Weiß, 1998): Wollen wir gut sein? Wollen wir eine andere Gesellschaftsstruktur? Wie können wir uns positiv mit etwas identifizieren, das auch Seiten hat, die wir ablehnen? Wenn Weiße im identitätspolitischen Paradigma Politik machen und dabei nur auf „Moral“ und „Verantwortung“ verweisen können, werden sie wahrscheinlich ähnlich marginal bleiben wie die heterosexuelle Männerbewegung.

Eine andere Möglichkeit bestünde darin, sich weiterhin universalistisch zu orientieren. In diesem Zusammenhang müßte aber das Verhältnis zu jenen geklärt werden, die sich nur teilweise in der universalistischen Politik von Dominanten wiederfinden können. Allzuoft behielten identitätspolitische Bewegungen Recht, wenn sie darauf verwiesen, daß universalistische Argumentationen doch parteiisch im Sinne der Mächtigen waren oder daß die ProtagonistInnen universalistischer Positionen gegenüber den Dominanzstrukturen in den eigenen Reihen blind sind.

Vielleicht sollte man sich bei der Suche nach Lösungen an der empirischen Beobachtung von antirassistisch Engagierten orientieren, die ja bereits jetzt beide Paradigmen kombinieren. Es wäre also zu überprüfen, ob die pauschale Ablehnung von Identitätspolitik für das emanzipatorische Engagement von Privilegierten wirklich sinnvoll ist. De facto nutzten auch die von einem Dominanzverhältnis Privilegierten die Vorteile von Identitätspolitik – allerdings ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, welche Probleme sie sich damit erkaufen. Bei einer bewußteren Verwendung identitätspolitischer Paradigmen könnte deutlicher werden, wo deren Grenzen liegen. Und es entstünde Raum für die Frage, mit welchen eigenständigen und eigennützigen Motiven weiße Deutsche antirassistische Politik machen.

Anmerkungen

- (1) Als erstes kommt die Entdeckung, daß eine Gruppe gemeinsame Erfahrungen und Interessen hat; als nächstes begehrt sie gegen eine Gesellschaft auf, die ihr einen geringen Status zuschreibt; und schließlich soll dieser Status umgekehrt werden, so daß jene spezifischen Merkmale, die einst als Zeichen der Minderwertigkeit galten, zur Basis für positive Distinktion umgewertet werden (Übersetzung durch A.W.).
- (2) Das Erkennen einer kollektiven Verletztheit, darauf das Verwechseln einer Gruppenposition mit 'Kultur' und schließlich das Verwechseln einer 'Kultur' mit Politik (Übersetzung durch A.W.).
- (3) Eine treffende Metapher: „marching on the English department while the Right took the white house“ (ebd. 126) „Die Linke ruft zum Sturm auf die literaturwissenschaftliche Abteilung, während die Rechte die Regierung stellt.“ (Sinngemäße Übersetzung durch A.W.).

- (4) Im Gegensatz zu Identitätspolitik bezieht sich universalistische Politik nicht auf eine gemeinsame partikulare Identität, sondern auf Werte, die als universell gültig angenommen werden wie z.B. die Menschenrechte.
- (5) „Weiße Deutsche“ verwende ich als beschreibenden Begriff für eine soziale Konstruktion. Ich meine Menschen mit deutscher Staatsbürgerschaft, die gemäß rassistischer und ethnistischer Kategorien als „deutsch“ wahrgenommen werden.
- (6) Ethnizismus bezeichnet eine Form von Rassismus, die sich nicht auf Rassenkonstruktionen im engeren Sinne, also die Vorstellung genetischer Ungleichheit bezieht, sondern auf die kulturelle Überlegenheit ethnisch konstruierter Gruppen (vgl. Mullard, 1991).
- (7) Dafür müßten sie sich nicht engagieren, sondern sie könnten wie Van Dijk (1992) das zeigt, ihre rassistischen Überzeugungen hinter der Fassade antirassistischer Überzeugungen weiter propagieren.
- (8) Die einseitige Verteilung der Berufe auch in den Gruppen, die sich nicht pädagogisch betätigen, resultiert nicht aus der Auswahlstrategie, sondern spiegelt höchstwahrscheinlich eine einseitige Verteilung in der untersuchten Population wider.
- (9) Die augenscheinliche Richtigkeit dieser Behauptung kann zwar noch nicht empirisch belegt werden. Studien zur antirassistischen Bewegung untermauern sie aber in der Tendenz. In ihrem deutsch-britischen Vergleich zu öffentlichen politischen Einklagen im Bereich interethnische Beziehungen, Staatsbürgerschaft und Einwanderung („claims-making on ethnic relations, citizenship and immigration“) stellen Koopmans und Statham (1998) fest, daß in Großbritannien Minderheitenorganisationen in 20 % der Fälle die Akteure sind, von denen diese Einklagen ausgehen, während sie in Deutschland nur eine marginale Rolle spielen. Dieser Unterschied erklärt sich wahrscheinlich durch die geringe Einbürgerungsquote in Deutschland und das Defizit an politischer Partizipation von MigrantInnen, das aus ihr resultiert.
- (10) „erstens, daß wir uns als Feministinnen, in 'Gesellschaften, die durch Dominanzverhältnisse strukturiert sind', immer vergegenwärtigen sollten, daß wir auf der Grundlage von sozialen Beziehungen und Subjektpositionen handeln, die wir verändern wollen; zweitens, daß Erfahrung Identität konstruiert; und drittens, daß es eine unmittelbare Beziehung zwischen 'Erfahrung' und 'Weltsicht' oder 'Standpunkt' gibt, so daß jegliches System von Dominanz am klarsten aus der Position derer gesehen werden kann, die von ihm unterdrückt werden.“ (Übersetzung A.W.).
- (11) De facto ist dieser Legitimationsprozeß komplizierter. Wer sich zur SprecherIn macht, muß mit Widerspruch rechnen. Auch werden SprecherInnen nur ernst genommen, wenn sie in etwa den Erwartungen

- entsprechen, die von der eigenen Gruppe und den politischen GegnerInnen an sie herangetragen werden.
- (12) Auch besteht die Gefahr, diejenigen für die man spricht, zu entmündigen, sie also zu patronisieren. Die von mir untersuchten Gruppen sind sich dieses Problems bewußt und diskutieren kontrovers darüber, wie nicht entmündigende Unterstützung aussehen könnte.

Literatur

- Bonnett, Alastair. (1993). *Radicalism, anti-racism and representation*. London.
- Essed, Philomena. (1991). *Understanding everyday racism. An interdisciplinary theory*. Newbury Park, London, New Delhi.
- Frankenberg, Ruth. (1993). *The social construction of whiteness. white women race matters*. London.
- Giddens, Anthony. (1991). *Modernity and self-identity. Self and society in the late modern age*. Cambridge, UK.
- Gitlin, Todd. (1995). *The twilight of common dreams. Why America is wracked by culture wars*. New York.
- Hess, Sabine, & Linder, Andreas. (1997). *Antirassistische Identitäten in Bewegung*. Tübingen.
- Keupp, Heiner. (1994). *Ambivalenzen postmoderner Identität*. In: Ulrich Beck & Elisabeth Beck-Gernsheim (Hrsg.), *Riskante Freiheiten* (S. 336-350). Frankfurt/Main.
- Koopmans, Ruud & Statham, Paul. (1998). *Challenging the liberal nation-state? Postnationalism, multiculturalism, and the collective claim-making of migrants and ethnic minorities in Britain and Germany*. Discussion Paper FSIII 98-105. Wissenschaftszentrum Berlin.
- Mullard, Chris. (1991). *Die 'Drei O'*. In: Philomena Essed & Chris Mullard (Hrsg.), *Antirassistische Erziehung. Grundlagen und Überlegungen für eine antirassistische Erziehungstheorie* (S. 56-121). Felsberg.
- Pollok, Friedrich. (1955). *Gruppenexperiment. Ein Studienbericht*. Frankfurt/M.
- Taylor, Charles. (1994). *Multiculturalism. Examining the Politics of Recognition*. Princeton.
- Thompson, Becky and *White Women Challenging Racism*. (1997). *Home/Work: Antiracism activism and the meaning of whiteness*. In: Michelle Fine, Lois Weis, Linda C. Powell & L. Mun Wong (Hrsg.), *Off white. Readings on race, power, and society* (S. 354-366). New York; London.
- Van Dijk, Teun. (1992). *Discourse and the denial of racism*. *Discourse & Society*, (1) S. 87-118.